



NEWSLETTER

der Düsseldorfer SPD-Landespolitiker Walburga Benninghaus, Markus Herbert Weske, Marion Warden und Karl-Heinz Krebs



Erforderlich: Mehr Geld für Flüchtlinge im Nachtragshaushalt



Der nordrhein-westfälische Landtag hat am Mittwoch abschließend über den Nachtragshaushalt 2015 debattiert. Darin enthalten sind auch Mehrausgaben in Höhe von 206 Millionen Euro. Dieses Geld wird vor allem für eine verbesserte Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen sowie für 807 neue Stellen eingesetzt. Der größte Teil (792) sind Planstellen für Lehrer. Sie werden für das angemessene Unterrichten von Flüchtlingskindern gebraucht. Außerdem besteht ein erheblicher Mehrbedarf an Unterbringungsplätzen: Es werden zusätzlich 10.000 Plätze in zentralen Unterbringungseinrichtungen geschaffen, 4.500 in Erstaufnahmeeinrichtungen und 2.000 in Notunterkunftseinrichtungen. 166,5 Millionen Euro werden für die verbesserte Betreuung und Unterbringung von Flüchtlingen eingesetzt.

Da die Landesregierung gleichzeitig mit Mehreinnahmen von rund 211 Millionen Euro rechnet, muss die Neuverschuldung nicht erhöht, sondern kann sogar leicht gesenkt werden.

Drucksache [16/8650](#) (Gesetzentwurf), [16/9000](#) (Beschlussempfehlung)

Gütlich: Drei größere Änderungen im Schulgesetz



Mit dem 12. Schulrechtsänderungsgesetz haben wir drei zentrale und aktuelle Themen im Schulgesetz bearbeitet. Zum einen handelt es sich um die Umsetzung der Regelungen nach dem Kopftuchurteil des Bundesverfassungsgerichts (BVG), zum anderen geht es um den Erwerb von Hauptschulabschlüssen an anderen Schulformen und als Drittes um ein geändertes Wahlverfahren für Schulleiter, dies forderte ein Urteil des Oberverwaltungsgerichts.

Der Passus zum Kopftuchverbot wird gestrichen: Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe hat entschieden, Lehrerinnen darf das Kopftuch nicht per se verboten werden. Ein Kopftuch kann im Einzelfall auch weiterhin verboten werden, wenn durch das Tragen der Schulfrieden gefährdet wird.

Außerdem gibt es eine Empfehlung der Bildungskonferenz für Kommunen, in denen es keine Hauptschule und keine integrative Schule mehr gibt. Dort können Schülerinnen und Schüler nun auch auf der Realschule ihren Hauptschulabschluss erwerben. Dafür muss zuvor ab der siebten Klasse ein entsprechender Bildungszweig an der Realschule eingerichtet werden. So sichern wir alle Bildungsgänge für unsere Schülerinnen und Schüler.

Die Fraktionen von SPD, Grünen und CDU ermöglichen mit ihrem gemeinsamen Antrag, der am Mittwoch im Plenum beraten wurde, auch eine breiter angelegte Suche nach einer geeigneten Besetzung vakanter Schulleiterstellen.

Drucksache [16/8441](#) (Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, CDU und Grüne), [16/8999](#) (Beschlussempfehlung)

Endlich: Weniger Werbung im öffentlich-rechtlichen Rundfunk



Die Fraktionen von SPD und Grünen haben am Mittwoch einen Antrag zur Qualitätssteigerung im öffentlich-rechtlichen Rundfunk in den Landtag eingebracht. Darin fordern sie die Landesregierung auf, sich für weniger Werbung bei ARD und ZDF einzusetzen. Gleiches wollen sie für das öffentlich-rechtliche Radio erreichen. Es ist an der Zeit, einen schrittweisen Werbeverzicht im Programm des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu diskutieren und umzusetzen. Die zahlreichen Argumente für einen Ausstieg aus Werbung und Sponsoring sind laut Experten plausibel und sinnvoll - nun gilt es zu handeln.

Werbeunterbrechungen gehören im Fernsehen und Radio zum Alltag. Der private Rundfunk refinanziert so einen Teil seiner Ausgaben. Im öffentlich-rechtlichen Rundfunk ist die Finanzierung jedoch durch den Haushaltsbeitrag gesichert. Die Umstellung im vergangenen Jahr von einer geräte-bezogenen Gebühr auf das neue Haushaltsmodell verlief erfolgreich; seitdem sind Mehreinnahmen zu verbuchen. Deshalb ist es nun an der Zeit, einen Werbeverzicht im Programm des öffentlich-rechtlichen Rundfunks anzustoßen. Im Koalitionsvertrag zwischen SPD und Grünen wurde 2012 der schrittweise Ausstieg aus Werbung und Sponsoring im öffentlich-rechtlichen Rundfunk vereinbart und im Jahr 2010 wurde die Forderung auf Länderebene durch eine Protokollerklärung zum 15. Rundfunkänderungsstaatsvertrag festgehalten. Auch in der Online-Konsultation der Landesregierung zur Novellierung des WDR-Gesetzes wurde vielfach der Ausstieg aus der Werbung gefordert.

Drucksache [16/8990](#) (Antrag der Fraktionen von SPD und Grüne)

Dringlich: Sonderpädagogische Förderung an Berufskollegs

Für junge Menschen, die bis zur zehnten Klasse auf besondere Unterstützung angewiesen waren, ist es wichtig, dass auch beim Übergang von der Schule zur Berufsausbildung keine Brüche entstehen. Gemeinsam mit den Fraktionen der CDU und den Grünen haben wir einen Antrag zur Beschulung in Berufskollegen dieser Jugendlichen mit Behinderungen in den Landtag eingebracht. Geregelt wird darin die Frage nach einer sonderpädagogischen Unterstützung von Mädchen und Jungen in der beruflichen Ausbildung. Eine Feststellung des sonderpädagogischen Bedarfs soll während der Ausbildung möglich sein unter Hinzuziehung aller möglichen Kostenträger.

Drucksache [16/8984](#) (Antrag der Fraktionen von SPD, CDU und Grüne)

Deutlich: Rahmenkodex sichert gute Arbeit an den Hochschulen



Der nordrhein-westfälische Landtag hat sich am Donnerstag auf Antrag der rot-grünen Koalitionsfraktionen mit dem Rahmenkodex für gute Beschäftigungsbedingungen an den Hochschulen befasst. Dieser wurde zwischen den Hochschulleitungen als Arbeitgeber und Arbeitnehmervertreterinnen und -vertretern unter Beteiligung des Wissenschaftsministeriums vereinbart. Wir begrüßen, dass nun bindende Vereinbarungen für bessere Arbeitsbedingungen an den Hochschulen ermöglicht werden. Im Kern regelt der Rahmenkodex den Abbau der befristeten Beschäftigung des wissenschaftlichen Personals, schafft verlässlichere Beschäftigungsmodalitäten für Promovierende sowie Verbesserungen für studentische und wissenschaftliche Hilfskräfte, Lehrbeauftragte ebenso wie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus Technik und Verwaltung in den Hochschulen. Darüber hinaus nimmt der Kodex den familiengerechten Umgang mit Teilzeitbeschäftigung, die Etablierung und den Ausbau gesundheitsfördernder Arbeitsbedingungen und die Schaffung eines „Hochschularbeitsmarktes“ in den Blickpunkt.

Das Hochschulzukunftsgesetz (HZG) entfaltet nun einmal mehr seine positive Wirkung, da es den Kodex rechtlich erst ermöglicht hat. Um wirksam zu werden, muss der Rahmenkodex noch von den einzelnen Hochschulen unterzeichnet werden. Unsere Bemühungen für gute Arbeitsbedingungen an den Hochschulen gehen intensiv weiter. So fordern wir eine umfassende Novellierung des Wissenschaftsvertragszeitgesetzes auf Bundesebene.

Das Hochschulzukunftsgesetz (HZG) entfaltet nun einmal mehr seine positive Wirkung, da es den Kodex rechtlich erst ermöglicht hat. Um wirksam zu werden, muss der Rahmenkodex noch von den einzelnen Hochschulen unterzeichnet werden. Unsere Bemühungen für gute Arbeitsbedingungen an den Hochschulen gehen intensiv weiter. So fordern wir eine umfassende Novellierung des Wissenschaftsvertragszeitgesetzes auf Bundesebene.

Drucksache [16/8991](#) (Antrag der Fraktionen von SPD und Grüne)

Dienlich: Förderung von Freifunk für Kommunen in NRW



Die SPD-Fraktion in NRW fordert in einem gemeinsamen Antrag mit den Fraktionen von Grünen und Piraten die nachhaltige Förderung von kostenfreiem Internet in ganz NRW. Dabei bietet die geplante Unterstützung von IT-Infrastruktur und die Bereitstellung von Landesliegenschaften zum Ausbau von privaten Freifunk-Initiativen eine große Chance. Wir fordern vor allem vom Bund, endlich auch Rechtssicherheit für private Betreiberinnen und Betreiber offener WLAN-Netze zu schaffen. Durch diese Bürgernetze könnten sich der digitale Alltag und das Arbeiten auch in unseren Kommunen weiter verändern. Ob arbeiten in der Innenstadt oder im Café, die Übertragung von Sendungen und einiges mehr - all das ist durch Freifunk möglich. Selbst die Kommunikation bei Veranstaltungen mit vielen Menschen kann durch Freifunk-Netze vereinfacht, verbessert und ergänzt werden. Darüber hinaus ist ein öffentliches, frei zugängliches, flächendeckendes Internetangebot Katalysator für bürgerschaftliches Engagement vor Ort. Es fördert soziale Teilhabe für alle und ebenso kreative Ideen.

Drucksache [16/8970](#) (Antrag der Fraktionen von SPD und Grüne)

Fachlich: Neuer Klimaschutzplan für NRW

Mit Beginn des Bürgerkrieges in Syrien wurden viele Menschen von dort vertrieben oder mussten fliehen. Nordrhein-Westfalen hat bereits frühzeitig Verantwortung übernommen und durch die Landesaufnahmeprogramme gemeinsam mit anderen Ländern einen Weg eröffnet, dass Familien ihre Angehörigen auf legalem Weg nach Deutschland kommen lassen können. Inzwischen liegen etwa 31.500 Anträge vor, die kontinuierlich abgearbeitet werden. Mehr als 1.700 syrische Flüchtlinge konnten bisher nach NRW einreisen, mehr als 6.000 Visa sind inzwischen erteilt worden. Voraussetzung für die Aufnahme der Flüchtenden über des Landesaufnahmeprogramm ist die Verpflichtungserklärung der Familien oder Dritter, für den Lebensunterhalt der aufzunehmenden Person aufzukommen. Ausgenommen sind nur Krankheitskosten, was die Verpflichtungsgeber deutlich entlastet. Dennoch hat sich gezeigt, dass die dauerhafte Übernahme der Kosten des alltäglichen Lebens für die Verwandten für viele Verpflichtungsgeber eine hohe finanzielle Belastung bedeutet. Viele Menschen, die über das Landesaufnahmeprogramm gekommen sind, haben daher einen Antrag als Asylberechtigter gestellt.

Deshalb haben die Fraktionen von SPD und Grüne einen Antrag ins Plenum eingebracht, der die Rechtsauffassung der Landesregierung unterstützt. Diese vertritt gemeinsam mit der Mehrheit der Sozialminister der Länder und in Übereinstimmung mit der Rechtsprechung die Auffassung, dass die Verpflichtungserklärung auf die Zeit begrenzt werden soll, bis der Asylantrag genehmigt ist oder die Person als Flüchtling anerkannt wurde.

Drucksache [16/8986](#) (Antrag der Fraktionen von SPD und Grüne)

Folglich: Gentechnikfreiheit in NRW weiter stärken



Die Äcker der Europäischen Union sind bisher weitgehend frei von gentechnisch veränderten Pflanzen. Dennoch nehmen weltweit die mit gentechnisch veränderten Pflanzen (GVO) bewirtschafteten Flächen weiter zu. In der EU gibt es deshalb eine Opt-out-Bestimmung. Das bedeutet, dass EU-Mitgliedstaaten für ihr Hoheitsgebiet Anbauverbote oder Beschränkungen für GVO-Pflanzen beschließen dürfen. Nach Einführung dieser Regelung plädieren wir in einem gemeinsamen Antrag mit der Fraktion der Grünen, die Anbauverbote flächendeckend bundesrechtlich zu regeln. Nachdem die EU den Weg für nationale Anbauverbote freigemacht hat, wäre es widersinnig, dies in einem Flickenteppich von Länderregeln umzusetzen. Darüber berät der Landtag am Donnerstag.

Drucksache [16/8987](#) (Antrag der Fraktionen von SPD, Grüne und Piraten)

Sachlich: Gegen Steuerflucht und für Mitbestimmung!



Bereits im April 2014 hat die Europäische Kommission den Vorschlag für eine Richtlinie "über Gesellschaften mit beschränkter Haftung mit einem einzigen Gesellschafter" angenommen. Der Vorschlag sieht die Schaffung einer harmonisierten nationalen Gesellschaftsrechtsform für sogenannte Einpersonengesellschaft vor. Ziel ist es, potenziellen Unternehmensgründern - vor allem kleinen mittelständischen Unternehmen - die Gründung von Gesellschaften in den EU-Mitgliedsstaaten zu erleichtern. Das begrüßenswerte Ziel muss aber richtig umgesetzt werden. Anforderungen dafür finden sich in unserem rot-grünen Antrag, den wir am Donnerst-

tag in den Landtag eingebracht haben.

Drucksache [16/8989](#) (Antrag der Fraktionen von SPD und Grüne)

Fachlich: Neuer Klimaschutzplan für NRW

Der Klimaschutzplan ist das Ergebnis eines vierjährigen Diskussionsprozesses mit allen wichtigen Gesellschaftsgruppen in NRW. Die SPD-Fraktion hat dabei immer deutlich gemacht, dass sie eine Klimaschutzpolitik und einen Klimaschutzplan unterstützt, der die Lasten und Chancen bei der Minderung des Klimawandels fair zwischen den verschiedenen Akteuren verteilt. Der jetzt vorliegende Klimaschutzplan für NRW zeigt deshalb zahlreiche Möglichkeiten auf, wie sich klimafreundliches und sozial gerechtes Wirtschaften umsetzen lässt.

Vorlage [16/3020](#) (Entwurf der Landesregierung)

Vorsorglich: Pkw-Maut nochmals im Landtag diskutieren

Die EU-Kommission hat die Pkw-Mautpläne von Verkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) gestoppt und leitet ein Verfahren ein. Die Behörde ist der Meinung, dass die Abgabe nicht mit EU-Recht vereinbar ist. Deutschland erhält nun zunächst ein Mahnschreiben aus Brüssel. Zu den Vorwürfen muss die Bundesregierung innerhalb von acht Wochen Stellung nehmen. Wenn sich beide Seiten nicht einigen können, droht Deutschland am Ende eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH). Das Land Nordrhein-Westfalen lehnt die Pkw-Maut als sozial ungerecht, verkehrs-, wie wirtschaftspolitisch verfehlt und europapolitisch rückwärtsgewandt ab. Die Pkw-Maut schadet dem Land, das sich in Nachbarschaft zu den mautfreien Ländern Belgien und Niederlande befindet. Dass über einen Trick nur ausländische Fahrzeughalter zur Kasse gebeten werden sollen, hat die EU-Kommission zu Recht auf den Plan gerufen. Denn diese Pkw-Maut widerspricht nicht nur den Prinzipien der guten Nachbarschaft, sondern auch den Prinzipien des EU-Rechts. Deshalb bringen die Fraktionen von SPD und Grünen am Freitag einen Antrag in die Aktuelle Stunde ein, um nochmals über die Maut zu diskutieren. Darin wird der Landtag aufgefordert, nochmals die Konsequenzen aus den aktuellsten Entwicklungen auf Bundesebene für die verkehrspolitischen Perspektiven zu debattieren.

Förmlich: Gleichstellung der Ehe für alle



Gleichgeschlechtlichen Paaren bleibt die Ehe noch immer verwehrt. Das ist nicht nur eine symbolische, sondern vor allem eine konkrete Diskriminierung von Menschen aufgrund ihrer sexuellen Identität. Das Referendum zur „Ehe für alle“ in Irland hat eine neue Debatte in Europa und auch in Deutschland ausgelöst. Immer mehr Menschen wollen keinerlei rechtliche Einschränkungen mehr für gleichgeschlechtliche Paare. Drei Viertel der Menschen sprechen sich in unserem Land für die Gleichstellung aus. Dieser gesellschaftlichen Realität können wir uns nicht noch länger verschließen. Jetzt ist es an der Zeit, das nachzuholen, was in den vergangenen Jahren versäumt wurde. Nordrhein-Westfalen hat bei dieser geforderten gesellschaftlichen Entwicklung bereits eine Vorreiterrolle eingenommen. So hat die Landesregierung eine Entschließung im Bundesrat mit der Forderung der vollständigen Gleichbehandlung von gleichgeschlechtlichen Paaren mit eingebracht. Eine Mehrheit im Bundesrat stimmte für diesen Entschließungsantrag. Somit hat sich der Bundesrat bereits für die völlige Gleichstellung homosexueller Partnerschaften ausge-

sprochen.

Mit unserem gemeinsamen Antrag „Ehe für alle - Volle Gleichstellung jetzt“ möchten die Koalitionsfraktionen den Druck auf die rückwärtsgewandten Kritiker in der Union erhöhen, damit diese ihre Blockadehaltung aufgeben.

Drucksache [16/8985](#) (Antrag der Fraktionen von SPD und Grüne)

Möglich: Post-2015-Agenda - global, sozial, gerecht

Das Jahr 2015 ist für die globale soziale Gerechtigkeit, den Erhalt und Schutz der biologischen Vielfalt, Klimagerechtigkeit und Frieden von zentraler Bedeutung: Die Millenniumentwicklungsziele (Millennium Development Goals, MDG) laufen in diesem Jahr aus und die internationale Gemeinschaft verhandelt über eine Nachfolgeagenda. Auch die rot-grüne Landesregierung in NRW ist hierbei gefragt. Nordrhein-Westfalen hat im Mai 2015 erstmals gemeinsam mit der Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) die „Bonn Conference for Global Transformation“ ausgerichtet und damit eine neue Plattform zum internationalen Austausch über gute Ansätze für nachhaltige Entwicklung geschaffen. Dieser Prozess soll fortgesetzt werden. Das fordern wir mit unserem gemeinsamen Antrag, der am Freitag im Plenum diskutiert wurde.

Drucksache [16/8988](#) (Antrag der Fraktionen von SPD und Grüne)

Fotonachweis

Flüchtlinge: Urheber: kwarner/www.fotolia.com

Schulgesetz: Urheber: vege/www.fotolia.com

Fernsehwerbung: Urheber: Monkey Business/
www.fotolia.com

Hochschule: Urheber: kasto/www.fotolia.com

Freifunk: Urheber: Ivan Kopylov/www.fotolia.com

Weizen/Gen: Urheber: itestro/www.fotolia.com

Geldscheine: Urheber: M. Schuppich/
www.fotolia.com

Ehe für Alle: Urheber: Robert Kneschke/

V.I.S.D.P. Walburga Benninghaus, Markus Herbert Weske, Marion Warden, Karl-Heinz Krems

SPD-Landtagsfraktion NRW, Platz des Landtags 1, 40211 Düsseldorf, Telefon: +49 211 884 -0